

Familienpolitische Fragestellungen

Es gibt ein primäres **Elternrecht auf Erziehung**. Dies ist eine Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft. Wir beobachten mit Bestürzung, dass dieses Recht eingeschränkt wird und Erziehungsberechtigte zunehmend entmündigt werden.

- Wie stehen Sie zu Tendenzen, die Kindergartenpflicht auszuweiten?

Wir fordern das Recht auf eine flächendeckende, kostenlose Ganztagesbetreuung für Kinder, auch für jene von nicht berufstätigen Eltern. Dieses Recht soll gesetzlich festgeschrieben werden. Zur Ausweitung der Kindergartenpflicht in Wien haben wir keinen Programmpunkt.

- Wie wollen Sie sicherstellen, dass Eltern weiterhin primär für die Vermittlung von Werten auf dem Gebiet der Sexualerziehung und der Aufklärung zuständig bleiben? Wie soll diesbezüglich die Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern gestaltet werden?

Kinder und Jugendliche haben durch neue Medien und Gleichaltrige einfachen Zugriff auf explizite Inhalte. Eltern und Schule können nur dann Werte vermitteln, wenn sie offen mit dem Thema Sexualität umgehen. Aufklärungsunterricht stellt daher eine wichtige Aufgabe der Schulen dar und ist für die Persönlichkeitsentwicklung von Heranwachsenden von essenzieller Bedeutung. Jedem Kind steht das Recht zu, über seine körperliche Unversehrtheit aufgeklärt zu werden, auch um Missbrauch vorzubeugen.

- Wie stellen Sie sicher, dass Eltern, die ihre Kinder in einem großen Ausmaß zu Hause erziehen wollen, weiterhin diese Freiheit der Wahl haben (z.B. durch ausreichende Angebote an Halbtageschulen und einer flexiblen Nachmittagsbetreuung)

Wir stehen für gravierende Änderungen im Schulsystem. Wir sprechen uns klar für ein System einer differenzierten Gesamtschule und viel höhere Flexibilität als bisher aus. Angebote, die aus öffentlicher Hand finanziert werden, sollen sich am Bedarf der Bevölkerung orientieren. Die Nachmittagsbetreuung soll ausgebaut werden. Um weitere Freiräume zur Kindererziehung zu schaffen, fordern wir die 30h Woche bei vollem Lohnausgleich.

Bildung ist ein zentrales Thema für die Zukunft unserer Kinder und der Gesellschaft.

- Schulkosten belasten das Haushaltsbudget vieler Familien. Wie wollen Sie verhindern, dass die Schulgeldfreiheit durch diverse auf die Eltern überwälzte Kosten (z.B. Schulerhaltung, Lehrmittel, Laptop,...) ausgehöhlt wird!

Wir fordern echte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler*innen. Insbesondere sollen die Rechte des SGA ausgeweitet werden. Eltern und vor allem Schüler*innen sollen an der Ausgestaltung dieser Maßnahmen mitwirken können. Wir fordern freien Zugang zu Bildung und Wissen. Lehrmittel sollen kostenlos zur Verfügung stehen. Außerdem setzen wir uns für Tauschbörsen für Schulgegenstände ein, sowie für mehr Bewusstseinsbildung für längere Verwendung der Gegenstände.

- Die pädagogische Qualität der vorschulischen Fremdbetreuung ist uns wichtiger als die Quantität der zur Verfügung gestellten Plätze. Wie stellen Sie sicher, dass auch in Kindergruppen die BetreuerInnen eine entsprechende pädagogische Ausbildung haben?

Von zentraler Bedeutung erachten wir die Aufwertung, bessere Bezahlung und Vereinheitlichung der Ausbildung der Kindergarten-Pädagog*innen und deren Verankerung an den Universitäten. Ausreichende Finanzierung soll die Qualität der Ausbildung und eine ausreichende Anzahl an Betreuungsplätzen sicherstellen. Konfessionelle, soziale, kulturelle oder sonstige Zugangsbeschränkungen in Einrichtungen, die ganz oder teilweise öffentlich finanziert werden, erachten wir als unzulässig. Bei öffentlich finanzierten Einrichtungen sind alle Träger gleichzustellen.

- Wie kann Ihrer Ansicht nach sichergestellt werden, dass Kinder bei Schuleintritt die deutsche Sprache beherrschen – unabhängig davon, ob sie zu Hause, in einem Kindergarten oder in einer Kindergruppe betreut wurden?

Deushtests und Aufnahmeprüfungen vor Schulbeginn sind jedenfalls abzulehnen.

Wir sind der Meinung, dass der erfolgreiche Spracherwerb durch ein adäquates Betreuungsverhältnis begünstigt wird. Für Kindergruppen und Kindergärten braucht es dazu eine angemessene Finanzierung. Wir fordern Pädagog*innen, die Kinder beim Erwerb der Erstsprachen unterstützen können.

Insbesondere bei häuslicher Erziehung liegt die Verantwortung bei den Eltern, die gesetzlichen Auflagen zum Wohle ihrer Kinder zu erfüllen.

In unserer **demokratischen Willensbildung** sind Kinder und Jugendliche unterrepräsentiert und verlieren angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft an politischem Gewicht.

- Was halten Sie von der Einführung eines Kinderstimmrechtes (das für jüngere Kinder von den Eltern ausgeübt wird) auf kommunaler bzw. bundespolitischer Ebene? Werden Sie sich für die Einführung eines Kinderstimmrechtes nach Vorbild der Pfarrgemeinderatswahlen in der Erzdiözese Wien einsetzen?

Wir unterstützen grundsätzlich Ansätze, die demokratische Prozesse fördern und Mitbestimmungsmöglichkeiten schaffen. Zum Kinderwahlrecht haben wir keinen konkreten Programmpunkt. Wir sind jedenfalls der Meinung, dass die Teilnahme an Wahlen eigenständig erfolgen muss. Stimmübertragungen bei demokratischen Wahlen sind abzulehnen und widersprechen dem verfassungsrechtlich verankerten Gleichheitsgrundsatz.